

19. Wahlperiode

---

## **Antrag**

der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

### **Schaffung einer unabhängigen Beratungsstelle für Menschen mit Behinderungen zur Teilhabe am Arbeitsleben**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die Schaffung einer unabhängigen Beratungsstelle für Menschen mit Behinderungen zur Teilhabe am Arbeitsleben zu prüfen. Die unabhängige Beratungsstelle soll sogenannte vollerbwerbsgeminderte Menschen, die aktuell keinen Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt haben, über Möglichkeiten der Beschäftigung informieren und beraten, bei der Stellung von Anträgen unterstützen sowie als Netzwerkpartner bei der Vermittlung in den allgemeinen Arbeitsmarkt unterstützen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Oktober 2024 zu berichten.

### ***Begründung***

Sogenannten vollerbwerbsgeminderten Menschen eröffnet sich viel zu selten die Möglichkeit ein reguläres Arbeits- oder Beschäftigungsverhältnis auf dem 1. Arbeitsmarkt aufzunehmen. Viel zu oft wird in alternative Angebote vermittelt, ohne die Potentiale der Menschen zu nutzen und die Selbstverwirklichung zu ermöglichen. Die aktuelle Situation verstößt damit gegen den Artikel 27 der UN-Behindertenrechtskonvention.

Die Schaffung einer unabhängigen Beratungsstelle soll den Weg ebnen, damit mehr vollerbwerbsgeminderte Menschen den Weg auf den 1. Arbeitsmarkt finden und eigenständig ihren Lebensunterhalt durch reguläre Arbeit zu verdienen.

Der inklusive Arbeitsmarkt beinhaltet eine Vielzahl von Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen. Jedoch ist die Berufsorientierung (durch Praktika mit

entsprechenden Einsatzstellen), die Arbeitgebersuche, Antragstellung auf Unterstützungsleistungen und Sichtung der Fördermöglichkeiten für die betroffenen Personen häufig viel zu kompliziert.

Die neu zu schaffende unabhängige Beratungsstelle zum inklusiven Arbeitsmarkt muss alle Standards der Barrierefreiheit einhalten. Barrierefreie Kommunikationsmethoden und Beratung im Peerprinzip sollen Teil der Konzeption sein.

Berlin, 9. April 2024

Stettner Wohlert  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der CDU

Saleh Düsterhöft  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der SPD